



BAHNLÄRM-
INITIATIVE
BREMEN

c/o Dr. Angelina Sörge
Manteuffelstraße 8
28203 Bremen
Telefon: 0421 75837
Mobil: 01754151581

PRESSEMITTEILUNG zum Pressegespräch am 11. Mai 2011, 11.00 h (Sperrfrist)

„Leises Bremen“

Bürgerschaftswahl 2011: – Bahnlärm gemeinsam verringern – Positive, partei- und fraktionsübergreifende Resonanz auf Kandidatinnen- und Kandidaten-Umfrage der Bahnlärm-Initiative

Bei der Landtagswahl 2011 haben die Bremer Bürgerinnen und Bürger das erste Mal die Möglichkeit, fünf einzelne Kandidatinnen und Kandidaten der Parteien gezielt und unabhängig von den Listenplätzen der Parteien zu wählen. Das war Anlass für die Bahnlärm-Initiative Bremen, ihre Wahlprüfsteine in Form eines Fragebogens an die Parteien zu richten, verbunden mit der Bitte, diesen an die einzelnen Kandidatinnen und Kandidaten weiter zu geben.

Dem wurde seitens der Parteien Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der FDP entsprochen; die CDU und Die Linke haben allein durch ihre Spitzenvertreter/Landesvorstände geantwortet. Insgesamt 35 ausgefüllte Fragebögen liegen bis heute vor, von denen vier die Auffassung der jeweiligen Partei wiedergeben und die übrigen 31 die der jeweiligen Kandidatinnen und Kandidaten. Mehrere derzeitige Senatorinnen und Senatoren, Parlamentarier mit entsprechendem inhaltlichem Schwerpunkt oder aus besonders betroffenen Stadtteilen, sowie Kandidatinnen und Kandidaten, die Bürgerinitiativen nahe stehen, haben sich diesen Fragen gestellt. Die Initiative dankt für alle Rücksendungen!

Die Übereinstimmung in Sachen Bahnlärm mit der Bahnlärm-Initiative unter den Bremer Parlamentariern ist überraschend groß.

Bahnlärmursachen und Möglichkeiten zu ihrer Behebung sind sehr komplex. Aus Sicht der Initiative sind vier Forderungsebenen besonders wichtig:

1. Die Bekämpfung des Lärms an der Quelle. Sie ist nachhaltig und hilft allen Betroffenen, unabhängig von ihrer Ausgangsposition.
2. Die Verbesserung der Rechtsposition der Bahnanlieger. Der Kreis derjenigen, die sich wehren können, wird größer; die Bereitschaft zum bürgerschaftlichen Engagement steigt.
3. Die Schließung der Lücken in vorhandenen Lärmschutzmaßnahmen.
4. Die Verlagerung des Güterverkehrs aus der Stadt auf (lärmgeschützte) Umgehungstrassen. Sie ist langfristig die verkehrspolitisch sinnvolle Option, die wirtschaftlichen und sozialen Interessen gleichermaßen entspricht.

Im Zusammenhang damit stehen Forderungen nach Maßnahmen, die den Anwohnern kurzfristig helfen, und den Übergang zu grundsätzlichen Lösungen beschleunigen: Tempolimit, Sonntags- und/oder Nachtfahrverbot sowie diverse technische Möglichkeiten zu aktiver Lärminderung und -vorsorge.

Die Ergebnisse im Einzelnen:

- Die Bahnlärm-Initiative Bremen freut sich, dass alle Befragten die Umrüstung der Güterwagen und die Einführung lärmabhängiger Trassenpreise, um dafür Anreize zu setzen, für gut befinden (Frage 1 und Frage 3). Es ist schade, dass die Forderungen, die das weiter voranbringen sollen, - die Verursacher von Bahnlärm zur Kasse zu bitten (Frage 2) und die Finanzierung von Umrüstungsmaßnahmen (Frage 4) - von der CDU bzw. von der FDP nicht unterstützt werden.
- So gut wie alle Befragten sind für eine Aufstockung der Finanzmittel für das bestehende freiwillige Sanierungsprogramm der DB und dessen Erweiterung um den Erschütterungsschutz (Fragen 9.1 und 6).
- Zur Verbesserung der Rechtsposition der Bürgerinnen und Bürger tragen darüber hinaus vor allem eine Vereinheitlichung der Schwellenwerte für den Lärmschutz an neuen und an bestehenden Strecken, die Streichung des sog. Schienenbonus von 5 dB (A) und die Änderung der Berechnungsverfahren, weg von der Durchschnittsbildung hin zur Berücksichtigung von Spitzenwerten, bei (Fragen 7, 8.1 und 8.2). Sie werden mit großer Mehrheit unterstützt.
- Die dabei wesentliche Einführung eines einklagbaren Rechtsanspruchs auf Lärmschutz bei Überschreitung der Grenzwerte und die damit einhergehende erforderliche Aufstockung der Finanzmittel wird jedoch von der CDU nicht mitgetragen (Frage 9.2).
- Was die Verbote angeht, so sind vor allem Sonntagsfahrverbot und Tempolimit zum Teil umstritten; die CDU ist gegen alle Einschränkungen des Güterzugverkehrs, die FDP gegen das Tempolimit. Bei den Grünen bestehen gewisse Unsicherheiten betreffs des Sonntagsfahrverbots und des Tempolimits; soweit Erläuterungen beigefügt wurden, vor allem wegen des damit verbundenen Risikos einer Wettbewerbsschwächung der Bahn gegenüber dem Straßenverkehr (Fragen 17 bis 19).
- Alle Befragten sind für eine Schließung der Lärmschutzlücken in Bremen, für die Brückenentdröhnung und für die Einrichtung von Lärmmessstationen (Fragen 10, 11 und 12).
- Eine Machbarkeitsstudie für Umgehungsstrecken, ggf. als Alternative zur Y-Trasse, lehnt die CDU als einzige ab; alle anderen Befragten unterstützen dies überwiegend (Frage 14).
- Nur einige Bremer Politiker halten einen Lastenausgleich für Wertverluste an den Immobilien an der Bahnstrecke für angemessen, die meisten nicht (Frage 15).
- Noch weniger – nur drei ! – halten die Notfall und Vorsorgeplanung bei schweren Unfällen für ausreichend (Frage 13). Hier besteht offensichtlich Handlungs- bzw. Klärungsbedarf.

Das Ergebnis der Befragung stärkt die Bahnlärm-Initiative in ihrem Bemühen um eine nachhaltige Wirtschafts- und Verkehrspolitik, die sich nicht über die berechtigten Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner, über das Ziel einer ausgewogenen Stadtentwicklung hinwegsetzt. Die Konferenz der Beiräte „Zug um Zug auf leisen Gleisen“, die Anträge Bremens im Bundesrat, das Engagement einiger bremischer Bundestagsabgeordneter im Bundestag und die anstehende Bürgerschaftsdebatte um den Bahnlärm – das alles zeigt, dass Bremen auf diesem Weg weitergeht und es gemeinsam gelingen kann, bei Bundesregierung und Deutscher Bahn ein „Leises Bremen“ durchzusetzen.

Besonders gut fand es die Bahnlärm-Initiative, dass alle Befragten es bejaht haben, dass die 2012 anstehenden Beratungen zum Lärmaktionsplan frühzeitig und unter Einbezug der Bürgerinnen und Bürger beginnen. Sie wird gewiss rechtzeitig darauf zurückkommen!

Die Bahnlärm-Initiative Bremen